

II-14363 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6958/J

1994-07-14

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager, Dr. Schmidt und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die explodierende Verschuldung der Republik Österreich

Die Schulden der Republik Österreich explodieren. In den konjunkturstarken Jahren der Vergangenheit hat die Bundesregierung es versäumt, das Budget zu konsolidieren. Die SPÖVP-Koalitionsregierung ist als Sanierungspartnerschaft angetreten und hat keines ihrer Vorhaben zur Verminderung der Bundesausgaben in die Tat umgesetzt. Im Jahr 1993 war ein Budgetdefizit von 63 Milliarden Schilling geplant. In Wahrheit waren es fast 100 Milliarden, also um die Hälfte mehr. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang das Argument der allgemein rezessiven Wirtschaftslage ins Treffen geführt. Die Rezession lag im letzten Jahr bei minus 0,3 Prozent, ein Wert, der eigentlich noch nicht als "tiefe Rezession" bezeichnet werden kann.

Im Laufe des letzten Jahres stieg die Nettoverschuldung Österreichs um 11,8 Prozent, eine Rate, die von vielen Wirtschaftsexperten als bedenklich bezeichnet wird. Zum Jahresabschluß 1993 betragen die Finanzschulden Österreichs 1.109 Milliarden Schilling. Dieser Wert entspricht 52,8% des Bruttoinlandsproduktes. Allein die Zinsen, die Österreich für seinen jährlichen Schuldenberg von mehr als 1,1 Billionen Schilling bezahlen muß, betragen heute 80 Milliarden. Rund 22 Prozent der Nettoeinnahmen müssen heute schon für Zinszahlungen aufgewendet werden. Eine Tatsache, die den Budgetspielraum der Regierung schon bedenklich eng macht.

Die Bundesregierung hat das Budgetdefizit 1994 mit 80 Milliarden Schilling veranschlagt, hat aber in der ersten Hälfte 1994 bereits 50 Milliarden Schilling zusätzlich an Neuverschuldung aufgenommen. Sicher ist jetzt schon, daß die tatsächliche Neuverschuldung die Prognose bei weitem übersteigen wird. Damit betragen alleine die Finanzschulden des Bundes bereits 1.159 Milliarden. Es ist anzunehmen, daß die gesamten Finanzschulden Österreichs bis Ende des Jahres auf über 1,2 Billionen Schilling anwachsen werden.

In diesen Zahlen sind weder die Defizite der Post, der ÖBB, noch die Belastungen der ASFINAG und anderer aus dem Budget ausgegliederter Teilbereiche enthalten. Weiters zählen zum Gesamtschuldenstand des Österreichischen Staates die Verwaltungsschulden, die außerbudgetäre Finanzierung, die Kreditfinanzierung der Sozialfonds, sowie die Teile, der mit großer Sicherheit schlagend werdenden Bundeshaftungen. Über Jahre hinaus hat die SPÖVP-Regierung Positionen aus dem Budget ausgeklammert, um Kosmetik und Schönfärberei zu betreiben, ohne echte Privatisierungen vorzunehmen.

Das erstrebenswerte Ziel, das Budgetdefizit 1994 auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu reduzieren, ist von der Bundesregierung bei weitem verfehlt worden. Tatsächlich haben wir heute eine Neuverschuldung von 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit erfüllen wir schon lange die Vorgabe der EU-Konvergenzkriterien nicht mehr. Über Jahre hindurch bewegte sich die Neuverschuldung bei der 3-Prozent Marke des Bruttoinlandsproduktes, aber jahrelange großkoalitionäre Wirtschafts- und Finanzpolitik haben diese in vielerlei Hinsicht erstrebenswerte Marke in weite Ferne gerückt.

Weder der Finanzminister, noch der Wirtschaftsminister haben bis heute ein Konzept vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie die große Koalition die rapide wachsende Staatsverschuldung einzubremsen und abzubauen gedenkt.

Anstatt Ausgabenseitig Einsparungen vorzunehmen, basierte die ursprünglich sogenannte Budgetkonsolidierung auf einer ausschließlich einnahmenseitigen Konsolidierungsorientierung. Die Abgabenquote ist die höchste in der Geschichte des Landes. 1980 betrug sie noch 38,1%, 1993 belief sie sich bereits auf 43,4%. Bei einem gestiegenen Bruttoinlandsprodukt von rund 2.100 Mrd. macht eine Erhöhung der Abgabenquote um 4 Prozentpunkte eine Mehr an Steuereinnahmen von rund 80 Milliarden aus.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für Finanzen:

1. Wird die Bundesregierung Steuer- und/oder Gebührenanhebungen beschließen, dadurch die Abgabenquote in unverantwortliche Höhe treiben und weiter ausschließlich einnahmenseitig versuchen, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen?
2. Welche Steuern bzw. welche Abgaben planen Sie zu erhöhen?
3. Wie hoch sind die geschätzten Mehreinnahmen bei den von Ihnen geplanten Steuererhöhungen, und welche Sparmaßnahmen sind seitens der Bundesregierung konkret geplant, um die Ausgaben der öffentlichen Hand zu verringern?
4. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Defizit des kreditfinanzierten Familienlastenausgleichsfonds zu beseitigen?
5. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Defizit des kreditfinanzierten Insolvenzausfallgeldfonds zu beseitigen?
6. Welche Maßnahmen sind geplant, um den Staatszuschuß zur Pensionsversicherung zu verringern?
7. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Defizit der Krankenversicherung zu beseitigen?
8. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Defizit der Unfallversicherung zu beseitigen?
9. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu beseitigen?

10. Wie hoch waren die Geldmittel, die ab 1990 aus dem Fonds der Arbeitsmarktverwaltung entnommen wurden, und zu welchen Zwecken exakt wurden sie verwendet?
11. Welche konkreten Privatisierungsvorhaben waren bis Ende 1994 geplant und werden diese auch tatsächlich planmäßig durchgeführt werden?
12. Welche konkreten Privatisierungsvorhaben sind bis Ende 1996
13. Welche konkreten Privatisierungsvorhaben sollen bis Ende 1995 abgeschlossen sein?
14. Wie hoch ist das Volumen der von Ihnen zu den obigen Punkten ausgeführten Privatisierungsmaßnahmen?
15. Gibt es ein längerfristiges Privatisierungsprogramm, und welche Unternehmen mit mehr als 50% Beteiligung der öffentlichen Hand sind darin enthalten?
16. Wird eine Harmonisierung der österreichischen Mehrwertsteuersätze mit EU-Sätzen erfolgen?
17. In welchem Zeitraum soll diese Harmonisierung erfolgen?
18. Werden Sie die Einnahmeausfälle kompensieren, und wenn ja, wie?
19. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um auf den drohenden Kaufkraftabfluß in Grenzregionen entgegenzuwirken?
20. Wenn überhaupt, welche sozialen Leistungen sollen verringert oder gekürzt werden?
21. Wird die Bundesregierung die Bevölkerung vor der Nationalratswahl aufklären, welche Maßnahmen zur Eindämmung der Staatsschuld sie setzen wird?

22. In welcher Höhe erwarten Sie die Defizite bei den ÖBB für 1994 und 1995, und welche Maßnahmen zu deren Senkung werden Sie wann setzen?
23. Welche Schritte wurden bis dato gesetzt, um die Defizite der gelben Post zu senken, bzw. welche Schritte werden Sie innerhalb der nächsten zwei Jahre setzen, und wie schnell ist mit Erfolgen zu rechnen?
24. Ein nicht unerheblicher Teil der Bundesausgaben sind Zuschüsse für die von einem Finanzdebakel ins Andere schlitternde verstaatlichte Industrie. Wieviel Milliarden Schilling wird der Bund in den nächsten zwei Jahren zur Abdeckung von Verlusten in der Verstaatlichten ausgeben?
25. Wann wird die verstaatlichte Industrie zur Gänze privatisiert?
26. Welche konkrete Konsolidierungsmaßnahmen wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr setzen?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung der Anfrage verlangt.